



**Grazer Energiegespräche: Statement von Mag. Franz Roland Jany,
Geschäftsführer, Gemeinschaft Dämmstoff Industrie**

ZWANG ZUR THERMISCHEN SANIERUNG

Ausgangslage:

1. Kiotoziel klar verfehlt!

Statt der rund 69 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, wie im Kiotoprotokoll vereinbart, werden heute sogar rund 89 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, also rund 20 Millionen Tonnen CO₂ mehr.

Fazit:

Die bisher getroffenen Maßnahmen zur Zielerreichung greifen zu kurz und / oder sind viel zu spät eingeleitet worden und / oder mit zu geringen finanziellen Mitteln ausgestattet.

Und: Österreich muss dafür Emissionszertifikate zukaufen! Dafür wurden von der Bundesregierung 531 Millionen Euro dotiert. Ankaufsziel der Bundesregierung: 45 Millionen Tonnen CO₂ Emissionsreduktionseinheiten.

Laut Berechnung der WKO müssen allerdings rund 1 bis 1,5 Milliarden Euro Emissionszertifikate zugekauft werden!

Der Zukauf von Emissionsrechten ist nicht inlandswirksam, leistet also keinen Beitrag zur Unterstützung der Österreichischen Konjunktur!

2. 2020 - Europa hat sich verpflichtet!

2020 soll Europa 20 Prozent weniger CO₂ in Bezug auf 2005 emittieren und der Anteil an erneuerbarer Energie auf 20 Prozent des tatsächlichen Energieverbrauchs gesteigert werden.

Fazit:

Österreich hat sich im Rahmen dieses Prozesses verpflichtet 16 Prozent CO₂ ein zu sparen und den Anteil erneuerbarer Energie auf 34 Prozent zu steigern.

3. Wie sicher ist die Energieversorgung?

Zwei Gaslieferausfälle in den letzten Jahren haben die Energieabhängigkeit und Verletzbarkeit Europas dramatisch aufgezeigt. Viele Haushalte in Osteuropa haben die Folgen hautnah zu spüren bekommen – die Heizungen blieben kalt!

Fazit:

Dringend notwendig sind eine signifikante Verringerung des Energieverbrauchs und eine weitere Diversifikation des Energie-Mixes.

4. Österreichs Antwort auf Lehman Brothers

Zwei Konjunkturpakete haben die Österreichische Konjunktur nachhaltig erfolgreich (WIFO, IHS) gestützt bzw. angekurbelt.

Fazit:

Der *Sanierungsscheck* (Thermische Sanierung) hat alle Erwartungen übertroffen: In knapp zwei Monaten haben über 10.000 Haushalte thermische Sanierungsmaßnahmen beantragt und damit den Fördertopf mit den 50 Millionen Euro an Bundesmitteln restlos leergemacht.

Fazit:

Der Erfolg war größer als erwartet, 50 Millionen Euro waren zuwenig, die Nachfrage war weitaus größer, als das Angebot.

Effekte:

100 Millionen Euro (50 für Private, 50 für Betriebe) an staatlicher Förderung lösen ein Sanierungsvolumen von mindestens 650 Mio. Euro im Inland aus. Damit werden 7.000 Arbeitsplätze gesichert und 95 Mio. Euro an Arbeitslosengeld gespart.

Dem Finanzminister bringt das: 70 Millionen Euro an Lohnsteuer, 65 Millionen an Umsatzsteuer. Weitere 104 Millionen Euro durch Sozialversicherungen. Nicht zuletzt werden damit 50.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart, um diese Menge reduzieren sich die Emissionsrechte, die Österreich jährlich zukaufen müsste.

5. Klimaschutz ist Bundessache

Österreich ist eine föderative Republik. In der Bundesverfassung ist geregelt, dass alle Kompetenzen automatisch den Ländern zufallen, außer dem Bund wird die Kompetenz in der Verfassung explizit einräumt.

Fazit:

Klimaschutz ist also Bundesangelegenheit.

Das Dilemma:

Die Bundesregierung hat einen verbindlichen Vertrag zur Senkung der CO₂-emissionen beschlossen (Kioto-Vertrag). Der Bund hat allerdings nur eingeschränkte Möglichkeiten, diesen Vertrag um zu setzen – denn die Kompetenzen (wie z.B. Bauen, Energie etc.) liegen im wesentlichen bei den Bundesländern.

Problem: Die Bundesländer können vom Bund de facto nicht in die Pflicht genommen werden, CO₂-Reduktionsmaßnahmen durch zu setzen.

Der Bund kann nur im Rahmen von Bundesgesetzen, wie Steuerrecht, Wohnrecht etc. Einfluss nehmen.

Schlussfolgerungen:

- Kiotoziel verfehlt, bis zu 1,5 Milliarden Euro „**Strafzahlungen**“ drohen.
- Bund hat zwar Kioto-Vertrag abgeschlossen, Bundesländer müssten aber großteils die Reduktionsmaßnahmen **freiwillig** umsetzen.
- Nach 2012 tritt Post-Kioto Zeitraum ein. In Kopenhagen sollen **neue Ziele** vereinbart werden.
- 2020 muss Österreich auf Basis 2005 weitere **16 Prozent CO₂ einsparen** und den Anteil erneuerbarer auf 34 Prozent erhöhen.
- **Energieversorgung** mit Gas ist auch in Zukunft **unsicher**.

Was bisher geschah?

Auf Bundesebene:

Klimastrategie

Die Bundesregierung hat zur Erreichung der Kioto-Ziele eine sogenannte Klimastrategie formuliert, die im März 2007 angepasst wurde. Ziel war die Umkehrung des negativen Emissionstrends zu erreichen.

klima:aktiv

Zur Umsetzung der Klimastrategie hat die Bundesregierung das klima:aktiv Programm initiiert, das gemeinsam mit der Wirtschaft und in Kooperation mit den Bundesländern die Umsetzung der CO₂ Reduktionsmaßnahmen erreichen soll.

Budgetäre Maßnahmen:

Für den Zukauf von Verschmutzungsrechten hat die Bundesregierung 531 Millionen Euro für **Projekte im Ausland** dotiert. Ziel: 45 Millionen Tonnen CO₂ Zertifikate sollen bis 2012 zugekauft werden.

Klima- und Energiefonds:

Im Zeitraum von vier Jahren sollen Klimaschutzmaßnahmen gesetzt werden, Dotation: 500 Millionen Euro.

Artikel 15a Staatsvertrag:

Der Staatsvertrag über die Wohnbauförderung (2006) zwischen Bund und Ländern sieht eine Verbesserung der Gebäudehüllen vor und den Einsatz erneuerbarer Energie.

Ökologisierung des Steuersystems:

Anhebung der Mineralölsteuer und Einführung eines Ökologisierungsgesetzes sollen weitere Beiträge zur Senkung der CO₂ Emissionen liefern.

Klimaschutzgesetz:

2007 im Rahmen des Klimagipfels kündigte Josef Pröll ein Klimaschutzgesetz im Verfassungsrang ein, in dem Bund und die Bundesländer konzertiert und verbindlich Reduktionsziele vereinbaren. Bis heute jedoch sind die Kompetenzen noch nicht ausverhandelt (Kompetenzstreit).

Auf Länderebene:

Gebäudebereich:

Harmonisierung der Bautechnikverordnungen:

2007 wurde die Harmonisierung der Bautechnikverordnungen beschlossen, basierend auf den sogenannten OIB-Richtlinien. Es werden Anforderungen an den Heizwärmebedarf definiert, für den Neubau und für die Sanierung. Die Bautechnikverordnungen basieren auf der

EU-Gebäuderichtlinie:

Diese schreibt seit 2009 obligatorisch die Einführung des Energieausweises für alle Gebäude vor – im Neubau, bei der Sanierung und bei Kauf, Verkauf, Neuvermietung sowie den Einsatz erneuerbarer Energie. Energieausweis bildet Gesamtenergiebedarf, Primärenergiebedarf und die CO₂ Emissionen ab.

Ziel: Reduktion der CO₂ Emissionen in Europa sowie die Absicherung der Energieversorgung durch geringen Energieverbrauch.

Wohnbauförderung:

Neun Bundesländer haben neun verschiedene Wohnbaufördermodelle, die in Zukunft über den 15a Vertrag (siehe oben) harmonisiert werden sollen.

Gratifikationssystem: Mehr Energieeinsparung, mehr Förderung – gilt für Neubau und für Sanierung.

Fazit:

Trotz aller Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene verfehlt Österreich das Kiotoziel deutlich. Die Sektoren Verkehr, Industrie und Raumwärme liegen weiterhin im negativen Trend. Wir sind im Kioto-Malus!

Die Kyoto-Bilanz in Millionen Tonnen CO₂

88,1 Emissionen 2007
68,7 Kioto-Ziel

19,4 Kioto-Defizit

9,0 Ausländische Zukäufe (Emissionsrechte)
0,7 Waldbewirtschaftung
9,7 Offener Reduktionsbedarf

Quelle: Prof. Stefan Schleicher

***„Ohne ein grundlegendes Re-Design ist unser Energiesystem nicht zukunftsfähig! Die Technologien dafür sind schon heute verfügbar!
Eine Schlüsselrolle kommt dabei Gebäuden zu!“***

Zitat: Prof. Stefan Schleicher

Zusammenfassung und Ausblick:

- Die bisherige Klimapolitik hat keinen Erfolg gebracht.
- Die Maßnahmen vor allem im Gebäudebereich hinken hinter den Erwartungen deutlich zurück (Rechnungshof).
- Der Maßnahmen-Mix greift zu kurz, ist ineffizient und berücksichtigt das Marktversagen nicht.
- Das Paradigma der freiwilligen und bonifizierten CO₂ Reduktions-Maßnahmen ist uneffektiv.

Lösungsvorschlag:

Ein Paradigmenwechsel in der Klimapolitik wird dringend empfohlen und sollte rechtlich geprüft werden:

- Verpflichtende Maßnahmen zur Thermischen Sanierung an einzelnen Bauteilen, wie der obersten Geschossdecke oder Dach (Beispiel Deutschland).
- Verpflichtung zur umfassenden Thermischen Sanierung von Gebäuden.
- Etablierung eines ganzen Maßnahmenbündels mit Verpflichtung zur Thermischen Sanierung sowie der gleichzeitigen Erhöhung der Förderungen und einer entsprechenden Anpassung des Wohn- und Steuerrechts.